



Protokoll

12. Sitzung des Kreistages des Landkreises Peine

Sitzungstermin:	Mittwoch, 20.02.2019
Raum, Ort:	Aula des Ratsgymnasiums, Burgstraße 2, 31224 Peine
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	18:30 Uhr

Anwesende:

Vorsitz

Herr Hartmut Marotz

Mitglieder

Herr Franz Einhaus

Herr Matthias Möhle

Herr Rainer Röcken

Herr Hans-Hermann Baas

Herr Maik Burgdorf

Frau Dr. Katrin Esser-Mönning

Frau Monika Heilmann-Eschemann

Herr Frank Hoffmann

Herr Wilhelm Laaf

Herr Rüdiger Lampe

Herr Romec Manns

Herr Holger Meyer

Herr Christoph Moritz

Frau Nadine Muthmann

Frau Simone Pifan

Herr Carsten Rieck

Frau Miriam Riedel-Kielhorn

Herr Ulrich Seffer

Herr Uwe Semper

Frau Christine Spittel

Herr Jens Zielsdorf

Herr Björn Busse

Herr Hans-Werner Fechner
Frau Christine Heuer
Herr Heiko Jacke
Herr Dr. Christof Klinke
Herr Michael Kramer
Herr Karsten Könnecker
Frau Rebecca Mittal
Herr Stephan Nitsch
Herr Arnim Plett
Herr Georg Raabe
Frau Silke Weyberg
Frau Doris Maurer-Lambertz
Herr Heiko Sachtleben
Frau Rosemarie Waldeck
Herr Bernd Jakubowski
Herr Jürgen Rubin
Herr Malte Cavalli
Herr Waldemar Hänsel
Herr Karl-Heinrich Belte
Herr Christoph Hauschke
Herr Dieter Samieske
Frau Ilse Schulz

Protokollführung

Frau Katja Schröder

Verwaltung

Herr Dr. Detlef Buhmann
Herr Henning Heiß
Herr Fabian Laaß
Herr Christian Mews
Frau Sandra Scherneck
Frau Silke Tödter

Vertretung für: Herrn Toni Bieband

Entschuldigte:

Mitglieder

Frau Doris Meyermann	Verhinderung
Herr Werner Welzel	Verhinderung
Herr Carsten Heuer	Verhinderung
Herr Carsten Rauls	Verhinderung
Herr Andreas Tute	Verhinderung
Herr Oliver Westphal	Verhinderung

Verwaltung

Herr Toni Bieband	Verhinderung
-------------------	--------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.12.2018
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Wahl von Frau Prof. Dr. Andrea Friedrich zur Kreisrätin für Soziales
- 6 Personalangelegenheit; Übertragung der Leitung des Fachdienstes Gesundheitsamt
- 7 Kreisfeuerwehr: Personalien
- 8 Antrag der AFD zur Erhöhung des Personalkostenzuschusses des Landes hinsichtlich der Beitragsfreiheit in Kindertagesstätten
- 9 Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Sachspende des Vereins der Freunde des Gymnasiums am Silberkamp Peine e.V.
- 10 1.Nachtragshaushalt 2019 (Darlehen Klinikum / Stellenplan)
- 11 Bericht des Landrates
- 12 Anfragen und Anregungen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Kreistagsvorsitzender Marotz eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Kreistagsabgeordneten, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, die zahlreichen Zuhörerinnen und Zuhörer, insbesondere den Bürgermeister der Stadt Peine und den Ersten Stadtrat, sowie die Presse.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Kreistagsvorsitzender Marotz stellt die ordnungsgemäße Ladung fest und erklärt, dass 44 Kreistagsabgeordnete und der Landrat anwesend sind. Die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben.

Der Kreistag stellt die Tagesordnung im Anschluss einstimmig fest.

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.12.2018

Beschluss: Das Protokoll über die 11. Sitzung des Kreistages am 19.12.2018 wird einstimmig bei zwei Enthaltungen genehmigt.

4. Einwohnerfragestunde

Herr Gottfried Aust aus Lengede teilt mit, dass ein Nachbar in seinem Wohngebiet, das als reines Wohngebiet ausgewiesen sei, einen Gewerbebetrieb sowie einen zweigeschossigen Anbau errichtet hätte. Herr Aust hätte sich daraufhin mit einer Beschwerde wegen Untätigkeit mehrmals an die Kreisverwaltung und auch an den Landrat gewandt. Von Seiten der Kreisverwaltung hätte er nach mehreren Monaten die Antwort erhalten, dass baurechtswidrige Zustände, die zu einem bauordnungsrechtlichen Einschreiten Anlass gegeben hätten, auf dem Grundstück augenscheinlich nicht vorliegen würden. Herr Aust bezweifelt dies und bittet die anwesenden Kreistagsabgeordneten, insbesondere auch aus der Gemeinde Lengede, sich selber ein Bild vor Ort zu machen.

Kreistagsvorsitzender Marotz erklärt, dass in diesem Fall das Hoheitsrecht bei der Gemeinde Lengede liegen würde. Die Kreistagsabgeordneten könnten nicht in die Hoheitsrechte der Gemeinde Lengede eingreifen. Herr Aust müsse sich daher die entsprechenden Auskünfte bei der zuständigen Gemeindeverwaltung holen.

Kreistagsvorsitzender Marotz sagt zudem eine schriftliche Sachaufklärung mit der Erläuterung der entsprechenden Hintergründe von der Kreisverwaltung zu.

Ein weiterer Bürger, der seinen Namen nicht nennt, wirft dem Landkreis Peine vor, die Grundrechte nicht einzuhalten. Der Fachdienst Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung missachte das Recht auf Informationsfreiheit in Verbindung mit dem Niedersächsischen Datenschutzgesetz und der Fachdienst Umwelt erlaube sich das Recht auf Eingriff in fremdes Eigentum ohne hinreichende Voraussetzungen. Da die Kreisverwaltung bei ihrem Verwaltungshandeln jedoch auch an Recht und Gesetz gebunden sei, fragt der Bürger die anwesenden Kreistagsabgeordneten, was sie dagegen zu tun gedenken.

Kreistagsvorsitzender Marotz erklärt, dass in einem solchen Fall, in dem sich Bürgerinnen und Bürger durch staatliche Eingriffe in ihren Rechten verletzt fühlten, der Rechtsweg beschritten werden könne. In diesem Fall sei eine Klage beim zuständigen Verwaltungsgericht in Braunschweig möglich.

5. Wahl von Frau Prof. Dr. Andrea Friedrich zur Kreisrätin für Soziales Vorlage: 2019/417

KTA Kramer merkt zunächst an, dass die CDU-Kreistagsfraktion nicht an dem verbrieften Vorschlagsrecht des Landrates bei gehobenen Personalentscheidungen zweifle. Zudem ginge es nicht darum, eine Person zu beschädigen. Es sei auch völlig unwichtig, ob aus parteipolitischer Sicht noch andere Bewerberinnen und Bewerber zur Wahl gestanden hätten. Es gehe vielmehr bei den Vorbereitungen zur Wahl um den Stil und um das Fingerspitzengefühl im Umgang mit den Fraktionen. Gerade im Hinblick auf die politischen Befindlichkeiten wäre eine frühzeitige Vorstellung im Kreisausschuss, wie bei anderen früheren Verfahren auch, geschickt gewesen. Die Verwaltung hätte, so KTA Kramer, für eine solche Vorstellung in den dafür vorgesehenen Gremien, wie dem Kreisausschuss, zu sorgen. Stattdessen seien die Fraktionsvorsitzenden vor rund zwei Wochen zu einem Gespräch zu diesem Thema eingeladen worden. Leider sei auch anlässlich dieses Termins keine Vorstellung der Bewerberin erfolgt. Unter einem offenen, transparenten und für alle Beteiligten nachvollziehbaren Verfahren verstehe die CDU-Kreistagsfraktion die ausführliche Behandlung aller Bewerberinnen und Bewerber und die Erstellung einer Prioritätenliste nach Qualifikation und Erfahrung, sodass bei der Absage einer Bewerberin/eines Bewerbers sofort eine Nachfolgekandidatin/ein Nachfolgekandidat zum Vorstellungstermin nachrücken könnte. Bei der deutschlandweiten Suche nach einer Dezernentin/eines Dezernenten seien bei dem sehr individuellen und detaillierten Anforderungsprofil einige Bewerberinnen und Bewerber sofort aussortiert worden. Zehn Bewerberinnen und Bewerber seien in die nähere Bewertung gekommen, wovon letztendlich nur eine Bewerberin geeignet gewesen sei. Eine Auswahl sei deshalb nicht möglich gewesen. Wenn auch formal die Bewerbung an den Landrat gerichtet sei und dieser selbstverständlich zu Recht seinen Vorschlag unterbreite, müsse die Wahl nach Verfahren, Qualität, Erfahrung und Leistungsfähigkeit durch die Kreistagsabgeordneten selbst vollzogen wer-

den. In diesem Verfahren sei die Eigenverantwortung der Kreistagsabgeordneten jedoch beschränkt worden.

Die CDU-Kreistagsfraktion werde in den kommenden Jahren gut und kooperativ mit der wahrscheinlich neuen Kreisrätin für Soziales Frau Prof. Dr. Friedrich zusammen arbeiten. Sie habe sich vorhin in der Fraktion persönlich vorgestellt. Deshalb werde die CDU-Kreistagsfraktion die vorliegende Beschlussvorlage auch nicht ablehnen. Da sie jedoch mit der Art und Weise der Vorbereitung sowie dem Stil des Umgangs unzufrieden sei, werde sich die CDU-Kreistagsfraktion enthalten.

KTA Möhle zeigt sich verblüfft über die Äußerungen von KTA Kramer. KTA Möhle betont, dass gemeinsam in allen Kreistagsfraktionen jeder einzelne Schritt des Verfahrens besprochen und abgestimmt worden sei. Im vorletzten Kreisausschuss sei gemeinsam abgestimmt worden, eine Runde mit den Fraktionsvorsitzenden durchzuführen. Wenn nötig, hätte natürlich auch eine Vorstellung der Bewerberin in der jeweiligen Fraktionssitzung erfolgen können. Dem jetzt durchgeführten Verfahren sei jedoch einstimmig so zugestimmt worden. Auch beim Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden seien keine Bedenken hinsichtlich des Verfahrens geäußert worden. Das Verfahren sei erst zwei bis drei Tage später angezweifelt worden, als Landrat Einhaus, wie mit den Fraktionsvorsitzenden im Vorfeld abgestimmt, die Bewerberin der Presse vorgestellt hätte.

Die SPD-Kreistagsfraktion werde dem Vorschlag des Landrates zustimmen.

KTA Plett verweist auf den Unterschied zwischen Mitteilung und Abstimmung. Im hiesigen Fall seien Dinge lediglich mitgeteilt und nicht abgestimmt worden. Zudem sei die CDU-Kreistagsfraktion selbstverständlich davon ausgegangen, dass sich die Bewerberin im Rahmen der Sitzung der Fraktionsvorsitzenden vorstelle. Und auch Landrat Einhaus hätte nur mitgeteilt, dass die Bewerberin am kommenden Tag der Presse vorgestellt werden würde. Es hätte sich hierbei nicht um eine Abstimmung gehandelt.

KTA Sachtleben erklärt, dass sich die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen in keinsten Weise nicht informiert fühlen würden. Bereits Anfang letzten Jahres sei ersichtlich gewesen, dass zwei Dezernenten-Stellen im Kreishaus neu zu besetzen gewesen seien. Damals sei sich fraktionsübergreifend auf Ausschreibungseckpunkte geeinigt worden. Zudem sei der Ablauf des gesamten Bewerbungsverfahrens aufgezeigt worden. Jede Kreistagsabgeordnete und jeder Kreistagsabgeordnete hätte die Möglichkeit gehabt, sich alle Bewerbungsunterlagen anzuschauen.

In einem völlig offenen Ranking hätten zwei Personen die vorgegebenen Kriterien erfüllt. Frau Prof. Dr. Friedrich hätte diese mit Abstand am besten erfüllt. KTA Sachtleben weist zudem darauf hin, dass eine große Wahlmöglichkeit nicht immer ein Ausdruck von Qualität sei. Darüber hinaus sei nie die Rede davon gewesen, dass sich die Bewerberin anlässlich der Sitzung der Fraktionsvorsitzenden vorstellen würde.

Zum Ende seiner Ausführungen regt KTA Sachtleben angesichts der Äußerungen von KTA Kramer an, innerhalb der CDU-Kreistagsfraktion über Kommunikationswege nachzudenken.

Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen werde dem Vorschlag des Landrates zustimmen.

KTA Cavalli stellt fest, dass Frau Prof. Dr. Friedrich aus Sicht der FDP-Kreistagsfraktion ein Glücksfall sei, da sie die Anforderungen erfülle und zudem noch aus dem Landkreis Peine komme. Im Hinblick auf das durchgeführte Auswahlverfahren fühle sich die FDP-Kreistagsfraktion gut mitgenommen.

Die FDP-Kreistagsfraktion werde der Wahl ausdrücklich zustimmen.

Nachdem niemand eine geheime Wahl beantragt hat, wählt der Kreistag im Anschluss einstimmig mit 28 Ja-Stimmen und 17 Enthaltungen die vorgeschlagene Bewerberin.

Kreistagsvorsitzender Marotz gratuliert Frau Prof. Dr. Friedrich zu ihrer Wahl.

Frau Prof. Dr. Friedrich bedankt sich bei den anwesenden Kreistagsabgeordneten für die Wahl. Sie kündigt an, gemeinsam mit allen Beteiligten ihre Kompetenzen einzusetzen. Sie dankt zudem allen, die sie in der Entscheidungsphase unterstützt haben, insbesondere ihrer Familie.

Landrat Einhaus gratuliert ebenfalls herzlich zur Wahl und äußert die Hoffnung, dass die Zusammenarbeit mit den politischen Gremien sowie mit allen Teilen der Kreisverwaltung erfolgreich verlaufen werde.

Beschluss:

Frau Prof. Dr. Andrea Friedrich wird zur Kreisrätin für Soziales zum nächstmöglichen Zeitpunkt, frühestens 01.08.2019, für eine Amtszeit von acht Jahren gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 28 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: 17

**6 . Personalangelegenheit; Übertragung der Leitung des Fachdienstes Gesundheitsamt
Vorlage: 2019/403**

Beschluss:

Frau Dr. Agnieszka Opiela wird zunächst ab 01.05.2019 kommissarisch und mit Abschluss der Weiterbildung als Fachärztin im öffentlichen Gesundheitswesen dauerhaft die Leitung des Fachdienstes Gesundheitsamt übertragen. Mit der Zuerkennung der Bezeichnung „Fachärztin im öffentlichen Gesundheitswesen“ wird sie Amtsärztin im Landkreis Peine.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

**7 . Kreisfeuerwehr: Personalien
Vorlage: 2019/406**

Beschluss:

- 1.) Herr Hans-Peter Bolm wird mit Ablauf des 31.03.2019 aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als Abschnittsleiter des Brandschutzabschnittes West und als stellvertretender Kreisbrandmeister entlassen.
- 2.) Herr Andreas Runge wird mit Wirkung zum 01.04.2019 für die Dauer von sechs Jahren unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis zum Abschnittsleiter des Brandschutzabschnittes West und zum stellvertretenden Kreisbrandmeister ernannt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

**8 . Antrag der AfD zur Erhöhung des Personalkostenzuschusses des Landes hinsichtlich der Beitragsfreiheit in Kindertagesstätten
Vorlage: 2018/277-01**

Kreistagsvorsitzender Marotz teilt mit, dass der Kreisausschuss in Abstimmung mit der AfD-Kreistagsfraktion empfehle, diesen TOP nicht zu behandeln.

Beschluss:

Der Antrag der AfD-Kreistagsfraktion wird nicht weiter verfolgt, da sich in der Zwischenzeit die kommunalen Spitzenverbände mit dem Land auf eine Regelung verständigt haben, die der Forderung nach Erstattung von 66 Prozent der Personalkosten nahe kommt.

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung.

**9 . Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Sachspende des Vereins der Freunde des Gymnasiums am Silberkamp Peine e.V.
Vorlage: 2019/404****Beschluss:**

Der Annahme der Sachspende im Wert von 2.274,09 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

**10 . 1.Nachtragshaushalt 2019 (Darlehen Klinikum / Stellenplan)
Vorlage: 2019/415**

Landrat Einhaus erklärt, dass der Kreistag Ende des letzten Jahres kurzfristig gefordert gewesen sei, das Peiner Klinikum mit Hilfe eines Darlehens in Höhe von 2 Millionen Euro finanziell zu unterstützen. Dieses Darlehen sei zwischenzeitlich ausgezahlt worden. Hierdurch hätte die entsprechende Liquidität des Peiner Klinikums zunächst für eine gewisse Zeit sichergestellt werden können. Bereits im Dezember hätte sich jedoch schon abgezeichnet, dass das Darlehen von 2 Millionen Euro finanzielle nicht ausreichen würde, um die Zeitspanne bis zur Vorlage des S6-Gutachtens zu überbrücken. Bei dem S6-Gutachten handele es sich um ein Sanierungskonzept, das von außen zu zertifizieren sei und die Möglichkeit eröffne, wieder Kredite am Kapitalmarkt zu erhalten.

Heute gelte es, die Voraussetzungen zu schaffen, um den Landkreis Peine, abhängig von der Bedarfslage und in Abstimmung mit der Klinikleitung, finanziell und haushaltsrechtlich in die Lage zu versetzen, ein zweites Mal ein Darlehen zu gewähren. Zudem seien finanzielle Mittel für eine Begleitung dieses Prozesses durch Experten vorgesehen, denn der Landkreis

Peine wolle bei der weiteren Beurteilung der Thematik auch einen Blick aus seiner Perspektive auf das Sanierungskonzept werfen, um die eigenen Standortbedürfnisse nicht aus den Augen zu verlieren. Bereits im Dezember letzten Jahres hätte der Landkreis Peine zu verstehen gegeben, dass ihm der Standort des Klinikums in Peine äußerst wichtig sei und im Rahmen der Leistungsfähigkeit des Landkreises Peine alles getan werde, um das Klinikum Peine in die Zukunft zu führen. Sollte in der jetzigen Konstellation keine Perspektive gefunden werden, werde auch nach anderen Möglichkeiten Ausschau gehalten. Hierzu sei eine fachliche Expertise erforderlich. Der Landkreis Peine hätte daher ein Institut, das mit Krankenhausplanungen vertraut sei, beauftragt, unter Standortgesichtspunkten aus dem Blickwinkel Peines heraus Vorschläge zur Weiterentwicklung zu unterbreiten. Der weitere Prozess werde aus der Perspektive des Landkreises Peine davon geprägt sein, auch weiterhin ein möglichst umfangreiches und gutes Spektrum an Krankenhausdienstleistungen auch weiterhin vor Ort anzubieten, auch wenn dies ohne Veränderungen nicht möglich sei. Darüber hinaus seien, so Landrat Einhaus, noch einige kleinere Gesichtspunkte in den Nachtragshaushalt mit aufgenommen worden. Es handele sich hierbei um Stellenanpassungen im Baubereich aufgrund der anstehenden Baumaßnahmen durch die Weiterentwicklung von G8 auf G9.

KTA Hoffmann stellt fest, dass mit der heutigen Entscheidung ein deutliches Signal an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Peiner Klinikums, aber vor allem auch an die Bevölkerung gegeben werde, dass der Landkreis Peine hinter dem Klinikum stehe. Ziel sei die Sicherung des Standortes des Peiner Klinikums mit attraktiven und sicheren Arbeitsplätzen und einer qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung hier im Peiner Land. Wie diese letztendlich aber aussehe, sei heute noch nicht absehbar. KTA Hoffmann kritisiert in diesem Zusammenhang die derzeit öffentlich ausgetragenen Spekulationen in der Presse zu diesem Thema. Dies helfe weder den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, noch dem Peiner Klinikum oder dem Landkreis Peine.

Die SPD-Kreistagsfraktion werde dem vorliegenden Nachtragshaushalt zustimmen.

Laut KTA Schulz könne sich die Bevölkerung den Landkreis Peine ohne das Klinikum nicht vorstellen. Und auch der Kreistag und die Kreisverwaltung hätten Einigkeit gezeigt und eine kurzfristige finanzielle Unterstützung in der aktuellen Notsituation gewährt. Trotzdem hätte sich Unsicherheit breit gemacht. Es seien Spekulationen, auch hinsichtlich von Personaleinsparungen, herumgegangen, die eine gewisse, nicht förderliche Eigendynamik entwickelt und die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Peiner Klinikums verunsichert hätten. Die niedergelassenen Ärzte des Peiner Landkreises hätten zudem öffentlich bekundet, dass das Peiner Klinikum standfest gemacht werden müsse. Deshalb sei es richtig und dringend erforderlich, dass ein eigenes Gutachten mit dem Blick auf das Klinikum Peine erstellt werde. Hierdurch erfolge keine Positionierung gegen Celle, sondern für Peine. Nicht Abhängigkeit, sondern Kooperation und Weiterentwicklung müssten im Vordergrund stehen. Dies sei man den Bürgerinnen und Bürgern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schuldig.

KTA Schulz teilt mit, dass sie dem Nachtragshaushalt zustimmen werde.

KTA Kramer erklärt, dass der Bevölkerung mit dem Peiner Klinikum eine wichtige, eventuell lebensnotwendige medizinische Versorgung gewährleistet werde. Für die Beschäftigten biete das Peiner Klinikum eine berufliche Sicherheit. Und für die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger stelle das Klinikum einen wichtigen Standortfaktor im Kreis Peine dar. Eine ärztliche Grundversorgung sei für einen Landkreis mit über 130.000 Einwohnerinnen und Einwohnern und der Lage an der wichtigen und stark frequentierten Ost-West-Autobahn auch überregional dringend erforderlich. Die Sicherheit und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, eine optimale gesundheitliche Versorgung und Betreuung zu erhalten, sei ein wesentlicher Aspekt der öffentlichen Daseinsvorsorge. Ein attraktives Krankenhausangebot sei als Standortmerkmal auch für Firmenansiedlungen und zur Fachkräftegewinnung nicht zu unterschätzen.

Die zurzeit in Arbeit befindlichen Sanierungskonzepte müssten, so KTA Kramer, von der Kreisverwaltung geprüft werden, um im Anschluss entscheidungsreife Vorlagen erstellen, im

politischen Raum mögliche Alternativen diskutieren und anschließend Entscheidungen treffen zu können. Die Kompetenzen der Kreisverwaltung zur Beurteilung dieser Konzepte seien hier sicher beschränkt. Daher sei es sinnvoll, hier einen unabhängigen Gutachter, der mit der Krankenhausfinanzierung, -förderung und -sanierung versiert sei, einzuschalten. Hierbei seien alle Möglichkeiten zum weiteren erfolgreichen Betrieb des Klinikums Peine ohne vorherige Ausschlusskriterien zu betrachten. Ziel sei es, die medizinischen Fachkräfte zu schützen und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das hervorragende Angebot des Peiner Klinikums zu stärken. Insgesamt dürfe die Leistungsfähigkeit des Landkreises Peine allerdings nicht gefährdet werden. Dies sei immer wieder neu zu beurteilen. Deshalb müsse in diesem Zusammenhang auch aufgrund des hohen Nutzens für die Stadt Peine eine mögliche Beteiligung diskutiert werden.

KTA Samieske stellt zunächst die Frage, wie es überhaupt so weit hätte kommen können, wer hierfür zur Rechenschaft gezogen werden könne und warum die Kontrollmechanismen versagt hätten. Vor allen Dingen müsse nun darauf geachtet werden, wie Schaden vom Landkreis Peine abgewandt werden könne. Wenn weiterhin Geld fließen solle, müsse mehr Einfluss auf das Geschehen vom Landkreis Peine eingefordert werden.

Natürlich gehöre das Klinikum zum Landkreis Peine und müsse weiterhin seine gute Arbeit leisten. Für KTA Samieske stehe aber die Gesundheit im Vordergrund. Gewinne auf Kosten der Gesundheit seien nicht zu akzeptieren. Das Klinikum sei für die Bürgerinnen und Bürger da und sollte daher im Umkehrschluss auch wieder in die Hand der Bürgerinnen und Bürger gegeben werden. Daher sollte der Landkreis Peine das Klinikum übernehmen.

KTA Sachtleben teilt mit, dass die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Nachtragshaushalt zustimmen werde. Wichtig sei nun, dem Klinikum Peine mit den erforderlichen Finanzmitteln eine Brücke bis Mitte/Ende April zu bauen. Bevor nicht das S6-Gutachten vorliege und auch hinsichtlich der Peiner Anforderungen durchleuchtet worden sei, seien jegliche Spekulationen, auch von Seiten der Presse, nicht zielführend. Erst dann sei eine Entscheidung möglich. Natürlich bestehe bei allen der Wunsch, das Peiner Klinikum zu erhalten. Trotzdem müsse sich mit dem Horrorszenario einer möglichen Schließung beschäftigt werden, denn es gäbe Gründe, warum das Klinikum Peine in eine Schiefelage geraten sei.

KTA Sachtleben zeigt Verständnis für die Ängste der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Klinikums Peine um ihren Arbeitsplatz. Er appelliert aber auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das Klinikum nicht zu verlassen und gemeinsam eine Lösung zu finden.

Beschluss:

1. Dem 1. Nachtragshaushaltsplan 2019 einschließlich der Änderung des Stellenplanes wird zugestimmt.
2. Die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2019 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

zu 1. einstimmig

Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

zu 2. einstimmig bei einer Enthaltung

Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: 1

11 . Bericht des Landrates

Es erfolgt kein Bericht des Landrates.

12 . Anfragen und Anregungen

Es gibt keine Anfragen und Anregungen.

Kreistagsvorsitzender Marotz beendet den öffentlichen Teil der 12. Sitzung des Kreistages und verabschiedet die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Presse.

Hartmut Marotz
Kreistagsvorsitz

Franz Einhaus
Landrat

Katja Schröder
Protokollführung